



Regierungsratsbeschluss vom 14. Februar 2023

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr Energie und Kommunikation UVEK; Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Schweizer Gütertransport; Vernehmlassung

P221521

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Verkehr.
2. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt des gleichlautenden Beschlusses des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft.

Begründung

Im Rahmen der Bundesvernehmlassung zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Schweizer Gütertransport und ein mögliches neues Güterverkehrsgesetz nimmt der Regierungsrat zusammen mit dem Regierungsrat von Basel-Landschaft Stellung. Die Vorschläge für eine neue, gezielte Förderung des Gütertransports auf Schiene und Rhein werden angesichts der wichtigen Rolle, die der Schienengüterverkehr in der Fläche für die Versorgung der Wirtschaft hat, und vor allem auch angesichts der Herausforderungen in der Klimapolitik unterstützt. Sehr begrüsst wird ein Engagement des Bundes zur Stärkung der Häfen und damit der schweizerischen Landesversorgung über den leistungsfähigen Verkehrsträger der Rheinschifffahrt, die mit der neuen Gesetzesgrundlage ermöglicht wird. Der Bund anerkennt damit die Rheinhäfen als nationale Aufgabe.

